

Bern, 15. Juli 2020

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Verhüllungsverbotsinitiative: Indirekter Gegenvorschlag untauglich

In der vergangenen Parlamentssession erfolgte nun die Schlussabstimmung über die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“. Dabei einigten sich die Räte auf eine Gesetzesänderung als indirekter Gegenvorschlag, wobei dieser der Problematik der islamischen Gesichtverschleierung keinerlei Rechnung trägt. Selbst wenn einige Frauen behaupten, die Burka freiwillig anzuziehen, stellt sie immer noch ein Symbol der Unterdrückung dar. Es handelt sich um eine archaische Sitte des muslimischen Patriarchats, welche genauso bei gemässigten Vertretern des Islams auf Widerstand stösst. Aufgrund der verfassungsmässigen Gleichstellung von Mann und Frau ist lediglich ein möglichst frühzeitiges Verbot im gesamten öffentlichen Raum von spürbarem Nutzen. Ansonsten begünstigt man die Fortschreitung der langfristigen schleichenden Islamisierung und darf sich dann nicht über eine allfällige Zunahme von verschleierten Musliminnen wundern. Solche Leute haben grösstenteils kein Interesse an Kontakten mit der aus ihrer Sicht kulturfremden Mehrheit der hiesigen Gesellschaft. Ausserdem machen kantonale Regelungen bei gesellschaftspolitischen Gegebenheiten wenig Sinn. Die Schweizer Demokraten (SD) unterstützen dieses Initiativbegehren bereits im Sammelstadium und sind ebenfalls im Komitee vertreten.

Schweizer Demokraten (SD)
Adrian Pulver
SD-Geschäftsführer